

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt monatlich 20 Pf., durch unsere Abnehmer zu besonderen in der Stadt monatlich 15 Pf., auf dem Lande 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 50 Pf., halbjährlich 90 Pf., jährlich 160 Pf. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie alle Abrechnungen und Geschäftsbesuche nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Nachdruck auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Intendantenpreis 20 Pf. für die 6 wöchentliche Anzeigenstelle oder deren Raum, Anzeigen, die 2 wöchentliche Anzeigenstelle 10 Pf. Bei Wiederholung und Jahresauftrag anerkennender Preisnachlass. Zeitungsanfragen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 wöchentliche Anzeigenstelle 10 Pf., halbjährlich 20 Pf., jährlich 35 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Beitrag durch Mangel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bäßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 225

Dienstag den 26. September 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Verzeichnis

der im Finanzamtsbezirk Rossen befindlichen Annahmestellen für Zwangsanleihe.
(Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 21. Juli 1922.)

Nr.	Bezeichnung der Annahmestelle	Ort
1.	Chemnitzer Bankverein, Zweigstelle	Rossen
2.	Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Zweigstelle	Rohwein
3.	Dresdner Bank, Zweigstelle	Rohwein
4.	Gemeindeverbands-Sparkasse	Deutschenbora
5.	Sparkasse	Rossen
6.	"	Rohwein
7.	"	Siebenlehn
8.	"	Wilsdruff
9.	"	Marbach

Dresden, am 15. September 1922.

(1599 A 1)

Landesfinanzamt.

Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Dr. Hoch.

Die Spartassenbücher

Nr. 59690 lautend auf Bruno Voigt in Meissen

Nr. 58053 lautend auf Ida Triems in Cosselbunde,

Nr. 33444 lautend auf Otto Rich. Brendel in Grumbach

sind abhanden gekommen. Die etwaigen Inhaber der Bücher werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche darauf binnen 3 Monaten hier geltend zu machen, andernfalls die Bücher als für ungültig erklärt werden.

Wilsdruff, am 11. September 1922.

1554

Fer Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsjustizminister Dr. Radbruch entwickelte vor der Schließung des sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg ein umfangreiches Programm über die geplante Justizreform.

* Da auch die Tagung der Unabhängigen in Gera der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zustimmte, fand der Einigungserklärung in Nürnberg am Sonntag nichts mehr im Wege.

* Dubois, der bisherige Vorsitzende der Reparationskommission, hat sein Amt niedergelegt, weil er mit dem Ministerpräsidenten Poincaré nicht mehr übereinstimmte.

* England hat die Durchfahrt der Dardanellen durch seine Kriegsschiffe gesperrt, wodurch sich die Kriegsfahrt im Orient verschärfen hat.

* Aus Moskau ist die Zustimmung zur Entsendung des Grafen Brockhoff-Mantau als deutscher Gesandter nach Moskau eingetroffen. Er wird sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten begeben.

Die geeinigte Sozialdemokratie.

Über die in Nürnberg erfolgte Wiedervereinigung der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen zu einer Partei wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Nachdem der Parteitag der Unabhängigen folgenden Antrag Ertrüben unter stürmischen Beifall gegen sieben Stimmen angenommen hatte, der Parteitag beschließt auf Grund des vorliegenden Aktionsprogramms und der vorliegenden Organisatorischen Vereinbarungen die Vereinigung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, haben in Nürnberg am Sonntag zwei der drei deutschen sozialistischen Parteien ihre Einigung vollzogen. Der dritte Parteitag, denn man kann folgerichtig nicht die Kommunisten als Nichtsozialisten bezeichnen, weil deren Programm der Diktatur des Proletariats noch heute das Programm des linken Flügels der Unabhängigen um Debebour und Rosenfeld ist, die in Gera gegen die Vereinigung protestierten. Vor kurzem war die Forderung nach der Diktatur des Proletariats auch noch die politische und wirtschaftliche Doktrin der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen.

Die vollzogene Einigung entspringt Erwägungen der politischen und wirtschaftlichen Methode, und dazu stand hinter ihr ein bitteres Miß. Die in Halle geschwächte Partei der Unabhängigen, also der Kriegskreditverweigerer, konnte mit ihrem gewaltigen Beamten- und Presseapparat einfach nicht weiter. Es ist bezeichnend, daß auf dem Parteitag der Unabhängigen in Gera immer wieder die Parteibureaucratie alle eigenen früheren Vorwürfe gegen die „Partei des Verrates an der Revolution“, der „Arbeitermörder“ als überholt bezeichnete. Dr. Breitscheid, der mit einem Flügel der Unabhängigen zusammen immer wieder das Kabinett Birck vor Mißtrauensvoten rettete, hatte trocken und dürr gesagt: „Ein Zurück würde den Zusammenbruch der Unabhängigen Partei bedeuten und den Ideen, deren Hüter zu sein sie sich rühmt, tatsächlich die Basis entziehen.“ Der Zerfall war also sehr weit fortgeschritten. Es galt nur, sich zu vereinigen und so den Bestand zu erhalten.

Die Mehrheitssozialisten haben ihr Götterprogramm offiziell nicht geändert. Sie sitzen noch in der Koalition mit Bürgerlichen. Auf ihrem Parteitag in Augsburg hat Weis als Ziel der geeinigten Sozialdemokratie die Verschärfung des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Kapitalismus hingestellt. Man war nicht befriedigt mit den Ergebnissen der nachrevolutionären Politik. In Kuasbura wurden von Mehrheitssozialisten die

Taten der nachrevolutionären Zeit, an der sozialdemokratische Minister beteiligt waren, stark kritisiert. Doch wurde nach außen die Einheitsfront gewahrt, während auf dem Einigungsparteitag in Gera die Gegensätze lebhaft aufeinanderplagten. Schließlich siegte aber auch dort die Erkenntnis der Notlage, und wenn der mehrheitssozialistische Parteitag keine Richtlinien erkennen ließ, wie die Mehrheitssozialisten als mitregierende Partei die Not Deutschlands verringern könnten, so hat Dr. Breitscheid in Gera doch versucht, einige politische Punkte herauszuarbeiten. Die Unabhängigen sind Gegner der jetzt bestehenden Koalition der Sozialisten mit den Bürgerlichen. Breitscheid charakterisierte die Gesamtlage dahin: „Sinnes hat sich der Außenpolitik bemächtigt. Er schafft die Möglichkeit weiterer Verständigung zwischen den Völkern. Diesen Weg jedoch müssen wir und nicht er vollenden.“ Hinter diesen Worten steckt das politische Ziel der Auflösung der Birckkoalition und des Ersatzes der Verständigung der deutschen und ausländischen Privatgruppen durch die Internationale. Während der ersten Weg aber zu einem auch von Breitscheid zugegebenen Erfolge geführt hat, ist die Verständigung der Internationalen nicht über einige Resolutionen hinausgekommen. Die Wende zur schärferen Tonart in der nunmehr geeinigten Sozialdemokratie wird über diese Lastfrage kaum hinwegkommen. Die geeinigte Sozialdemokratie steht in diesem Zusammenhang aber auch noch vor einem anderen Problem, das der ehemalige Sozialdemokrat August Winnig mit Recht als Kernproblem aufgefaßt wissen will: „Der Staat, der nach dem sozialistischen Dogma die Zentralgewalt sein soll, sieht sich heute einer starken Wirtschaft und einer nach ihren sozialen Funktionen organisierten Bevölkerung gegenüber, über die er keine große Machtvolle hat. Notwendigerweise gehen auch die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben nach und nach auf diese beiden Mächte über.“ Winnig glaubt, daß diese Mächte unter Selbstverwaltungformen immer mehr erstarren und daß so das jetzige System der Parteien und der staatlichen Regierung ausgehöhlt wird.

Die Sozialdemokratie will den reglementierenden und allmächtigen Staat unter der Führung ihrer Partei. Hiermit scheint sie sich in einen Gegenatz zur tatsächlichen Entwicklung zu stellen und darüber werden die ersten Kämpfe und Entscheidungen fallen.

Dr. Radbruchs Justizreformpläne.

Strafrecht, Arbeitsgerichte, Mieterschutz.

Auf dem Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten in Augsburg hat der Reichsjustizminister Dr. Radbruch vor dem Schluß des Parteitages in großer Rede seine Pläne für die Neuordnung der Strafrechte entwickelt. Bei den Straftatamen soll die Verurteilung eingeführt, Laien sollen in den höheren Instanzen an der Rechtsprechung in vorwiegend Anzahl beteiligt und schließlich soll dafür gesorgt werden, daß Leute aus allen Volksschichten auf den Richterstuhl kommen. Der Entwurf liegt jetzt dem Reichsrat vor. Eine schleunige Regelung ist um so wichtiger, als von der bayerischen Regierung die Zusage gemacht worden ist, daß mit dem Inkrafttreten der Reform die bayerischen Volksgerichte beseitigt werden. Der dem Reichskabinett vorliegende Entwurf für die

Änderung des Strafrechts

bringt die strenge Durchführung des Grundsatzes: Soziale Besserung und sozialer Schutz. Er enthält nur noch eine einseitige Freiheitsstrafe.

Zuchthaus- und Todesstrafe sollen verschwinden.

Weiter sind zu erwähnen: Milderung der Abtreibungsbestimmungen, die Befestigung des Ständesstrafrechts für das Quell und die Bekämpfung der Raubgilde wie Kolonien. Der Strafvollzug wird neu geordnet. Bei der Änderung des bürgerlichen Rechts sind herauszuheben die Gerichts-

lung der Ehescheidung, Neuordnung des Rechtes der unehelichen Kinder, Revision des Erbrechts. Der Zivilprozeß soll die Einführung des obligatorischen Güterverkehrs bekommen, an dem auch die Arbeiter mit Sekretariats- und Rechtsauskunftstellen Anteil haben.

Die Einführung der Arbeitsgerichte,

die ähnlich den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gestaltet werden sollen, wird als besonders wichtig angesehen. Davon erwartet der Minister, daß die Befundung der Justiz ihren Ausgang nehmen wird. Das sei aber nur möglich, wenn nicht jeder Zusammenhang mit der ordentlichen Justiz völlig gelöst wird. Den Wünschen der Gewerkschaften ist dahin Rechnung getragen, daß die Arbeitsgerichte Sondergerichte werden, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Sie werden den ordentlichen Gerichten nicht angegliedert, aber sie werden staatliche Sondergerichte sein, die von den Ländern, nicht von den Gemeinden errichtet werden. Ein Weg von Arbeitsgerichten müsse ganz Deutschland lückenlos überspannen.

Das Mieterschutzgesetz

bringt im Interesse der Mieter wesentliche Fortschritte, vor allem durch Bindung der Kündigung an bestimmte Voraussetzungen. Das Amtsgericht muß vom Vermieter zur Auflösung des Mietvertrages angetrieben werden, unter Nebenbestimmung aus Mieter- und Vermieterkreisen. Das bedeutet zum erstenmal Latenzteiligung an der Ziviljustiz. Reichsjustizminister Radbruch schloß mit dem Hinweis, daß er selbst mit großer Ungeduld erwarte, daß alle diese Forderungen, über die natürlich der Reichstag zu entscheiden hat, auch Wirklichkeit würden.

Gleiches Recht in Österreich und Deutschland.

Dr. Radbruch erwähnte in seiner Rede noch, daß an dem Entwurf die österreichische Regierung in hervorragender Weise mitgearbeitet hat, und es besäße die begründete Aussicht, daß dies der erste Schritt zu einem gemeinsamen Recht in Deutschland und in Österreich sein werde. In Berlin weisen zurzeit angelegene österreichische Juristen, die mit deutschen Juristen die Rechtsangleichung beraten.

Vor Schluß des Parteitages wurden fast einstimmig zu Parteivorständen Hermann Müller und Weis gewählt.

Gegen die Not der Presse

nahm eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse eine Entschliebung an, in der gesagt wird, daß die rasche Steigerung der Preise für Papier und alle Rohmaterialien, die durch die fortgesetzte enorme Geldentwertung notwendige Erhöhung der Löhne und Gehälter die Lage in der gesamten Presse immer unentbehrlicher und katastrophaler gestalten. Es sei die dringende Pflicht der Reichsregierung, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um der Presse ihre großen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben für das gesamte staatliche und nationale Leben zu erleichtern und den völligen Zusammenbruch der Presse und damit eine Katastrophe von ungeheurer Tragweite zu vermeiden. Gefordert werden: Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier, Zusammenschluß der Erzeuger von Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Vereinigungen zum Zwecke der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter Mitwirkung der Zeitungsverleger, sofortige Befestigung der neuen verschärften Zahlungsbedingungen der Fabrikanten für das Zeitungsdruckpapier, Gewährung eines angemessenen Zinseszins, Sicherstellung eines ausreichenden Einschlags von Papierholz in den staatlichen und privaten Forsten unter Ausschaltung des Zwischenhandels, sofortige Sperrung der Ausfuhr für Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier.

Ernstige Lage an den Dardanellen.

England sperrt die Meerengen.

Während das türkische Meer Boschas sich von den britischen Drohungen nicht einschüchtern läßt und festentschlossen vor der neutralen Zone verharrt, nimmt die Kriegsnervosität in England zu.

Der Verkehr zwischen Konstantinopel und dem Schwarzen Meer sowie zwischen den Inseln des Marmara-